

Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Dr. Wolfgang Heubisch, , Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** , FDP

vom 03.02.2021

Beteiligungsportal für das geplante Hochschulinnovationsgesetz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in Anlehnung an das in Baden-Württemberg praktizierte Modell, ein Beteiligungsportal als Pilotprojekt für das geplante Hochschulinnovationsgesetz einzurichten, über das sich alle interessierten Bürger und Bürgerinnen informieren und kommentieren können.

Begründung

Bürgerinnen und Bürger in wichtige Entscheidungen mit einzubeziehen wird in einer modernen Demokratie immer wichtiger. Zwar verfügt Bayern über ein etabliertes System zur Konsultation von Experten, Verbänden und Interessensgruppen - die Einbeziehung einer breiten Öffentlichkeit sollte jedoch ausgebaut sowie transparenter und systematischer gestaltet werden. Insbesondere die vielfältigen Reaktionen auf das veröffentlichte Eckpunktepapier zur Novellierung des bayerischen Hochschulrechts zeigen deutlich, dass sich Studierende, der akademische Mittelbau, die Professorenschaft wie auch viele weitere nicht-organisierte Betroffene im Gesetzgebungsprozess beteiligen wollen.

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, ein Beteiligungsportal auf den Weg zu bringen, über das sich alle Interessierten informieren, austauschen und mitdiskutieren können. Baden-Württemberg hat bereits ein solches Beteiligungsportal (<https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de>) erfolgreich etabliert und so ein transparentes Verfahren geschaffen, das es Bürgerinnen und Bürgern und nicht-organisierten Betroffenen ermöglicht, aktiv am Willensbildungs- und Entscheidungsprozess teilhaben zu können, indem Gesetzesentwürfe kommentiert und inhaltlich mitentwickelt werden können. Bayern sollte sich bei der Einrichtung eines solchen Portals an diesem positiven Beispiel orientieren.

Durch die konsequente Einbeziehung aller Interessierten wird sichergestellt, dass die Gesetzesvorhaben von einem großen Teil der Öffentlichkeit getragen und akzeptiert werden. Bayern könnte mit so einem Beteiligungsportal mit partizipativen Bürgerbeteiligungselementen, das exemplarisch mit dem Hochschulinnovationsgesetz durchexerziert werden kann, einen Impuls für eine moderne repräsentative Demokratie mit starken Elementen einer unmittelbaren Bürgerbeteiligung setzen.